

Protokoll

Gremium: Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 29.04.2026
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:50 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hartmut Bruns

Mitglieder

Herr Dirk Bakenhus
Herr Knut Bekaam
Frau Lina Bischoff
Herr Alexander von Essen
Herr Torsten Huber
Herr Bernd Janßen
Frau Beate Logemann
Herr Holger Mundt
Herr Frerk Schmidt
Herr Lars Schmidt-Berg
Frau Kirsten Schnörwangen
Herr Stefan Töpfel
Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms
Herr Betriebsleiter Michael Hauschke
Herr Kreisrat Dr. Thomas Jürgens
Frau Sabine Wemken, Abfallwirtschaftsbetrieb

Protokollführerin

Frau Manuela Schwengels

Abwesend:

Mitglieder

Herr Jan Hullmann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb am 12.11.2025
- 5** Einwohnerfragestunde
- 6** Neufassung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung für den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/016/2026
- 7** Neuvergabe von drei Dienstleistungsverträgen
Vorlage: BV/017/2026
- 8** Neuausschreibung der Hausmüllabfuhr zum 01.01.2028
Vorlage: BV/018/2026
- 9** Erweiterung des Entsorgungszeitraumes für öffentliches Straßenlaub bis zum 31.03. eines Jahres
Vorlage: BV/019/2026
- 10** Mitteilungen der Landrätin
- 11** Anfragen und Hinweise
- 12** Einwohnerfragestunde
- 13** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Bruns eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Bruns stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb am 12.11.2025

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Neufassung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung für den Landkreis Ammerland Vorlage: BV/016/2026

BL Hauschke erläutert die Vorlage und berichtet, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb eine Neufassung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung auf der Grundlage einer vom Niedersächsischen Landkreistag erarbeiteten Mustersatzung von Ende 2025 vorschläge. Die Änderungen seien aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen, insbesondere des geänderten Batteriegesetzes, notwendig geworden. Geänderte abfallrechtliche Begriffe seien berücksichtigt und Regelungen zum Datenschutz und zum Eigentumsübergang in die Satzung aufgenommen worden. Darüber hinaus sei der Schulungsraum der Deponie Mansie als außerordentlicher Lernstandort in den Bereich der öffentlichen Einrichtung übernommen worden. In den letzten Monaten sei der Bedarf an Deponieführungen und Abfallberatungen durch Schulen gestiegen, wodurch der

Schulungsraum der Deponie einen hohen Stellenwert erlangt habe. Die Aufnahme des Schulungsraumes in die Satzung unterstreiche diese Bedeutung gegenüber der Öffentlichkeit.

Weiterhin habe der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, Industriebatterien von der Annahme auszuschließen, sofern eine Genehmigung des Umweltministeriums vorliege. Diese Genehmigung sei im März 2026 erteilt worden.

BL Hauschke erläutert weiter, dass zusätzlich die Festlegung einer Mindestabholmenge in § 10 zur Sperrmüllabfuhr vorgesehen sei. Es sei vermehrt aufgefallen, dass Bürgerinnen und Bürger Kleinstmengen zur Sperrmüllabfuhr anmelden würden. Daher werde vorgeschlagen, die Mindestabholmenge zukünftig auf 1 m³ festzulegen, um eine entsprechende Auslastung der Fahrzeuge zu gewährleisten.

Abschließend führt BL Hauschke aus, dass geplant sei, dem Kreistag in der neuen Wahlperiode im Herbst 2026 im Zusammenhang mit der Zuständigkeitsverlagerung der Gebührenveranlagung auf den Landkreis weitere Anpassungen der Satzung über die Abfallbewirtschaftung vorzulegen.

Auf Nachfrage von KA von Essen führt BL Hauschke weiter aus, dass die Verunreinigung von Wertstoffsammelstellen seit Jahren zu beobachten sei und dies auch in Zukunft nicht verhindert werden könne. Dies sei im Übrigen ein grundsätzliches Problem, das bundesweit festzustellen sei. Eine Erweiterung der Sperrmüllabgabe auf den Recyclinghöfen sei aufgrund des Personalschlüssels und der Größe der Recyclinghöfe nicht realisierbar. BL Hauschke weist zudem darauf hin, dass die Möglichkeit zur Abgabe von Sperrmüll auf der Deponie in Mansie weiterhin bestehe.

Auf Nachfrage von KA Schmidt erläutert BL Hauschke, dass die Deponie in Mansie für die Annahme von Industriebatterien aufgrund deren Größe nicht konzipiert sei. Er betont die Notwendigkeit, einen geeigneten Rechtsrahmen zu schaffen, der die Annahme solcher Batterien ausschließe.

KA Mundt erkundigt sich nach den Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Mindestmenge an Sperrmüll. Er befürchte, dass diese Kleinstmengen in der Natur entsorgt werden könnten. Die Touren der Sperrmüllabfuhr seien seines Erachtens so geplant, dass mehrere Haushalte in einem Siedlungsgebiet angefahren würden, sodass seiner Meinung nach keine Sonderfahrten entstehen würden.

BL Hauschke stellt klar, dass es keine Straßensammlungen von Sperrmüll gebe. Es würden lediglich die Grundstücke angefahren, die die Sperrmüllabfuhr angemeldet hätten, dies sei nicht straßenbezogen. Ziel sei es, Leerfahrten oder nicht ausgelastete Fahrzeuge zu vermeiden.

KA Bekaun ergänzt, dass die angemeldete Sperrmüllmenge durch „Sperrmülldiebstahl“ reduziert sein könnte. Er befürchte, dass durch die Änderung der Mindestmenge wilde Müllablagerungen entstehen könnten. BL Hauschke stellt heraus, dass der angemeldete Sperrmüll auch abgefahren werde, wenn er weniger als 1 m³ betrage.

KR Dr. Jürgens betont, dass 1 m³ Mindestmenge für Sperrmüll nicht viel sei und er es unproblematisch sehe.

KA Schnörwangen schlägt vor, auf der Internetseite des Abfallwirtschaftsbetriebes auf die Abgabemöglichkeiten von Kleinstmengen an Sperrmüll auf der Deponie in Mansie hinzuweisen.

KA Bekaam spricht sich dafür aus, die Aufnahme der Mindestabgabemenge in der Praxis auszuprobieren, Erfahrungen zu sammeln und im nächsten Ausschuss im Frühjahr 2027 erneut darüber zu berichten.

KA Töpfel führt aus, dass die Änderung auf eine Mindestabholmenge zum Nachdenken anregen könne und solle, um die Abgabe von Kleinstmengen an Sperrmüll zu vermeiden.

Vors. Bruns spricht sich ebenfalls dafür aus, einen Hinweis zur Sperrmüllabgabe bei der Deponie in Mansie auf der Internetseite des Abfallwirtschaftsbetriebs aufzunehmen.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Satzung über die Abfallbewirtschaftung für den Landkreis Ammerland wird beschlossen.

Zu TOP 7 Neuvergabe von drei Dienstleistungsverträgen Vorlage: BV/017/2026

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Dienstleistungsverträge Verwertung von Ast- und Strauchwerk, Eisenmetallverwertung sowie Altholzverwertung mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes an die wirtschaftlichsten Bieter zum 01.01.2027 neu zu vergeben.

Zu TOP 8 Neuausschreibung der Hausmüllabfuhr zum 01.01.2028 Vorlage: BV/018/2026

Auf Nachfrage von KA Bekaam zum Angebot einer Expresssperrmüllabfuhr erläutert BL Hauschke, dass dieses Angebot den Service für die Bürgerinnen und Bürger verbessern solle, indem Sperrmüll zeitnah gegen Gebühr abgeholt werden könne. Dies solle in die Vergabeunterlagen der Neuausschreibung zum 01.01.2028 aufgenommen werden, um die Möglichkeit einer Einführung im Laufe der Vertragszeit zu gewährleisten.

Auf Nachfrage von KA Bekaam zum Einsatz von Heckladern mit zwei Mitarbeitern in Rückwärtsstraßen erklärt BL Hauschke, dass ca. 200 Straßen durch Parkverbote oder das Rausziehen der Mülltonnen beordnet worden seien. Man sei in der Lage, das Kreisgebiet weiterhin mit Seitenladern zu befahren. Die Beordnung der Straßen sei ein fortlaufender Prozess.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Neuausschreibung der Hausmüllabfuhr zum 01.01.2028 wird unter Beteiligung eines entsprechenden Ingenieurbüros beschlossen.

**Zu TOP 9 Erweiterung des Entsorgungszeitraumes für öffentliches Straßenlaub bis zum 31.03. eines Jahres
Vorlage: BV/019/2026**

BL Hauschke erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Die Finanzierung für die Entsorgung des öffentlichen Straßenlaubs sei 2002 durch den Betriebsausschuss so geregelt worden, dass sich die kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Westerstede an den Logistikkosten für die Containermiete und den Transport zur Deponie beteiligen, während der Abfallwirtschaftsbetrieb die Kompostierungskosten aus dem Gebührenhaushalt finanziere.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb halte weiterhin die Erweiterung des Annahmezeitraums um einen Monat (von Februar auf März) für nicht erforderlich, da das meiste Laub bereits bis Februar entsorgt sei. Darüber hinaus sei die gebührenrechtliche Problematik dieses Angebotes zu klären, da der Abfallwirtschaftsbetrieb im Wesentlichen die Kosten trage, die in den Zuständigkeitsbereich der kreisangehörigen Gemeinden/der Stadt Westerstede fallen. Der Gebührenhaushalt habe im Wirtschaftsjahr 2025 38.0000 Euro an Kosten für die Kompostierung des öffentlichen Laubs tragen müssen, ohne dass diesen Kosten Gebühreneinnahmen gegenüberstanden. Es werde vorgeschlagen, die Probephase für ein weiteres Jahr fortzusetzen, um eine dem Gebührenrecht entsprechende Regelung zu finden.

Zu den von KA Bekaam in Bezug auf die Mengenentwicklung für Februar und März 2026 genannten Zahlen erklärt BL Hauschke, dass der deutliche Anstieg im März auf die lange Winterperiode zurückzuführen sei.

Auf Nachfrage von KA Schmidt-Berg erläutert er weiter, dass die kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Westerstede als Abfallerzeuger gelten und eigentlich die Kosten zu tragen hätten.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Probephase der gebührenfreien Annahme von öffentlichem Laub auf den Recyclinghöfen und der Zentraldeponie Mansie wird bis zum 31.03. eines Jahres verlängert.

Zu TOP 10 Mitteilungen der Landrätin

- a) BL Hauschke berichtet, dass die Dualen Systeme für den Zeitraum 2027 bis 2029 die Erfassung der Leichtverpackungen ausgeschrieben habe. Eine Auftragsvergabe werde im August/September 2026 erfolgen.
- b) Zur Umsetzung des Projektes „IdentSystem“ berichtet BL Hauschke weiter, dass geplant sei, Anfang Juli 2026 den Testbetrieb zu starten.

Zu TOP 11 Anfragen und Hinweise

Auf Nachfrage von KA Bekaun bezüglich der Kapazitäten auf der Deponie in Mansie erläutert BL Hauschke, dass die Deponie Mansie bis zum Jahr 2030 voll sein werde und man mit Partnerlandkreisen im Gespräch sei, wie es ab 2031 weitergehen werde. Es sei geplant, in der Sitzung des Betriebsausschusses im 1. Halbjahr 2027 über die weiteren Schritte zu berichten.

Zu TOP 12 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 13 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Bruns schließt die öffentliche Sitzung.